

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlags-Bureau: **Neudruck**
 Preisveränderung: Sommersemester: **23 241**
 Preis für Redaktions-Abgabe: **20 011**

Bezugs-Gebühr vom 15. bis 31. März 1920 bei täglich zweimaliger Zustellung bei Post 1 30 Mark, bei sonstiger Lieferung für Monat März 8 Mark ohne Postgebühren.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Gebühr berechnet; die einseitigen 30 mm breite Zeile 35 Wfr., für zwei Zeilen 40 Wfr., Familienanzeigen und Stellenanzeigen ohne Rabatt 15 Wfr., außerhalb 25 Wfr., die 20 mm breite Zeile 20 Wfr., außerhalb 30 Wfr., Obersteilung 30 Wfr., Rubrikpreise halbes gegen Gebühr.
 Schriftleitung und Druckerei: **Karlstr. 33/34**
 Druck und Verlag von **Willy & Richard in Dresden**
 Börsen-Post-Office 1068 Dresden

Redaktion nur mit Briefliche Correspondez. Anzeigen-Redaktion werden nicht beantwortet.

Mit Gummiknüppeln gegen die Bauern.

Eine Zwangsvollstreckung in Schlesien verhindert. — Polizei treibt die Menge auseinander.

Erste Zwischenfälle in Langenöls.

Kimpfisch, 20. März. Der „Landmann“ meldet: Anlässlich der gestrigen nachmittäglichen Verhandlung, Kreis Kimpfisch, veranlasseten Zwangsversteigerungen auf landwirtschaftlichen Betrieben hatten sich etwa 1000 Bauern aus den Kreisen Kimpfisch und Langenöls angesammelt, die durch Singen von Liedern auf den Versteigerungsplätzen die Abgabe von Geboten zu verhindern suchten. Der Landrat des Kreises Kimpfisch hatte ein Schuttpolizei-Kommando von 20 Mann nach Langenöls entsandt, die mit dem Gummiknüppel gegen die Bauern vorzugehen. Es gab mehrere Verletzte. Als sich der Tumult immer mehr steigerte, weil ein bekannter Führer der Landwirte verhaftet werden sollte, ließ der befehlshabende Offizier die Maschinengewehre einschleppen und die Karabiner laden. Angesichts dieser ernstlichen Lage wurden die weiteren Zwangsversteigerungen abgebrochen. Nur dem besonnenen Verhalten des Offiziers und dem Eingreifen der anwesenden Landbundführer ist es zu verdanken, daß noch im letzten Augenblick ein Blutvergießen vermieden wurde. Zu den Ereignissen in Langenöls berichtet die „Schlesische Zeitung“ noch, daß zu den Versteigerungen zahlreiche Erwerbslose abgeordnet worden seien. Auf ein Schwein wurde von den Landwirten kein Gebot abgegeben. Als nun ein Erwerbssolter 60 Mark dafür bot, brach die Erregung unter den Bauern los.

Eine amtliche Erklärung.

Breslau, 20. März. Nach amtlicher Feststellung hat zwar die Schuttpolizei von Gummiknüppeln Gebrauch machen müssen, aber Verletzte hat es nicht gegeben. Maschinengewehre hat die Schuttpolizei überhaupt nicht mitgeführt, sondern es sind vielmehr lediglich die Karabiner geladen worden und die Maschinenpistolen. Der Regierungspräsident Kleinöder hat sich gleich nach Bekanntwerden der Ereignisse an Ort und Stelle begeben, um mit den maßgebenden Persönlichkeiten des Landbundes die Situation zu besprechen und dafür Sorge zu tragen, daß es morgen bei einem in Langenöls anberaumten Versteigerungstermin nicht abermals zu Unruhen kommt. Der Regierungspräsident hat den Landrat des Kreises Kimpfisch, Seibold, der zurzeit an den Beratungen des Staatsrates in Berlin teilnimmt, telephonisch zurückgerufen.

Eine bayrische Bauernkundgebung.

München, 20. März. In der von der oberbayerischen Kreisbauernkammer einberufenen Versammlung der Bauernschaft im Hirsh Arn, an der etwa 7000 Personen teilnahmen, nahm nach einem Vortrage des Bezirksdirektors der oberbayerischen Kreisbauernkammer Oefenmayer Reisinger auch Ministerpräsident Dr. Held das Wort.

Eine Forderung für die Landwirtschaft könne nur kommen von einer anderen Vorkondition der Handelspolitik. Die bayrische Regierung habe beim Reich getan, was sie konnte. Ueber das, was das Reich in Aussicht stelle, hinaus, werde die bayrische Regierung im Rahmen des Möglichen das Ihrige tun.

Schritte des Reichslandbundes beim Reichsfinanzminister.

(Nachricht aus unserer Berliner Schriftleitung.)
 Berlin, 20. März. Die gestrigen scharfen Bemerkungen, die der Reichsfinanzminister Dr. A. Köhler im Reichstag gegen die Bewegung des Landvolkes für richtig hielt, haben dazu geführt, daß heute in den späten Nachmittagsstunden führende Persönlichkeiten des Reichslandbundes, unter ihnen der Präsident Gopp, beim Reichsfinanzminister Köhler im Reichstag persönlich vorstellig wurden. Bei dieser Gelegenheit haben die Herren des Reichslandbundes, wie wir schon, energisch gegen gewisse Unterstellungen der landwirtschaftsfeindlichen Presse und der hinter ihnen stehenden politischen Kreise Einspruch erhoben.

Der Hauptaufschuß gegen Zwangspfändungen.

Berlin, 20. März. Der Haushaltensausschuss des Reichstages nahm in seiner Abend Sitzung den Rest des Etatsantrages für das landwirtschaftliche Notprogramm an. Es wurde noch eine Entscheidung genehmigt, die Reichsregierung zu ersuchen, sofort die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Pfändungen und Zwangsvollstreckungen bei mit Hypothekensystem belasteten bäuerlichen Klein- und Mittelbetrieben aufzuhalten und die Vermittlungsstellen anzuweisen, sofort die notwendigen Mittel aus dem Reichsregierungs zur Verfügung stehenden Fonds zwecks Umschuldung der hoch belasteten bäuerlichen Betriebe einzufordern.

Agrarpolitik gegen die Landwirtschaft.

Die vielen und gewaltigen Kundgebungen, mit denen die Landwirtschaft die deutsche Öffentlichkeit über die katastrophale Notlage des Nährlandes aufzuklären versucht, haben in den letzten Tagen einen agrarfeindlichen Gegenstoß der Linkspartei ausgelöst, dessen Ziel es ist, die breiten Konjunkturmengen gegen die Landwirtschaft und ihre Führung aufzuheben. Sei es nun die Entäußerung darüber, daß das Notprogramm der Reichsregierung noch einmal genehmigt worden ist, oder seien es wahlplatorisch begründete Befürchtungen: jedenfalls, die Stimmung ist plötzlich umgeschlagen. An Stelle der mildtätigen hinhaltenen Vertretungen, die man eine Zeitlang zu hören bekam, ist eine ausgesprochen feindselige Tonart getreten. Landbundtagungen, Landbundtage und Landbundesdemagoge heißt man es jetzt, wenn die Bauern ihr Lebensrecht geltend machen. Das Signal hat natürlich wieder der preussische Ministerpräsident Braun gegeben mit der sonderbaren Begründung, die er seiner Weigerung, eine pommerische Landbundesabordnung zu empfangen, beigefügt hat. Es hieß da nach langen Erläuterungen, die den gegen die preussische Regierung erhobenen Vorwurf der „Bauernfeindschaft“ entkräften sollen, daß Herr Braun es ablehnen müsse, den von der Partei politisch diktierten Wunsch des Landbundes nach einem Empfang zu erfüllen. Das also ist des Fudels Kern. Wirtschaftliche Tatsachen, auch wenn sie sich noch so gebieterisch aufdrängen, werden beiseite geseht, und es wird ein parteipolitischer Gegner gesucht, dem man mit parteipolitischen Waffen zu Leibe rücken kann. So nebenher läßt dieselbe preussische Regierung kein Mittel ungenutzt, wie eben wieder die Verhandlungen im Reichsrat gezeigt haben, um die Pläne des Reichsregierungsdirektors Schiele zu durchkreuzen. Auch hier wieder das ausgesprochene parteipolitische Ziel, der Reichsregierung Schwierigkeiten zu bereiten, ganz gleich, ob es auf Kosten der Wohlfahrt oder auf Kosten der Landwirtschaft geht. Dieselben roten und rötlichen Parteipolitiker, die so kraspulos mit dem Schicksal des deutschen Volkes spielen, scheuen sich aber nicht, den Vorwurf parteimäßig begründeter Hege gegen die um ihr nacktes Leben kämpfende Landwirtschaft zu schleudern. Und nicht genug damit, im Namen der „Staatsautorität“ verlangen sie Polizeimaßnahmen gegen die „drohende Bauernrevolution“. Gummiknüppel und Maschinengewehre schenken ihnen die wirksamsten Mittel zur Behebung der Not der Landwirtschaft. Die Vorgänge in Langenöls sind ein sprechendes Beispiel dafür. Natürlich kennt die Preussenregierung in solcher Lage von selbst ihre Pflicht, und so ist denn auch schon ein Erlaß ergangen, der von den Regierungspräsidenten so etwas wie einen Feldzugsplan für den Ernstfall einfordert. Aber auch die Reichsregierung, die nicht so auf der Höhe ist und von Herrn Braun immer erst auf dem Weg über das Zentrum an ihre Pflichten erinnert werden muß, soll in dem gleichen Sinne eingreifen. Darum ist es gar nicht so unwahrscheinlich, wenn es auch paradox klingt, daß das Reichskabinett, das auf der einen Seite mit Not noch ein paar Wochen zusammengehalten wird, um die dringenden Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft durchzuführen, auf der anderen Seite mit Vorschlägen befaßt wird, die sich gegen den Steuerstreik und die Steuerabgabe in der Landwirtschaft richten.

Was ist denn nun eigentlich vorgefallen, daß so scharfe Worte und so scharfe Maßnahmen gerechtfertigt wären? Die Not der Landwirtschaft ist keine Frage mehr, sondern eine harte, unerbittliche Tatsache, die nur mehr energiegeladener Partei- und Klassenegoismus ableugnen kann. Sie datiert nicht von heute und gestern, sondern sie schleppt sich von Jahren her und ist jetzt nur auf einem Höhepunkt angelangt, wo es um Siegen oder Brechen geht. Nachdem aber bisher alle Vorstellungen, Eingaben und Appelle ungehört verhallt waren, hat die Bauernschaft nach dem Vorbilde anderer Berufsstände demonstriert. Sie hat in die Welt hinausgeschrien, so daß es jede Schlafmütze hören mußte, wo es schreit. Überall in ganz Deutschland, in gewaltigen Massendemonstrationen. Ist das Hebe oder Demagogie? Dann ist auch jede Arbeiterdemonstration Hege, dann war auch jene Beamtenkundgebung auf der Dresdner Schwelche Demagogie. Oder soll etwa behauptet werden, daß das „Recht auf die Straße“ nur den Industriearbeitern zuteil wird zu einem Verbreden wird, wenn es von Bauern ausgeht und die Treibung ihres Besitzes an Grund und Boden ebenso „proletarisch“ leben müssen wie jene. Das wäre zweierlei Maß, wie es im freien Volkstaat am wenigsten geduldet werden dürfte. Es ist nur natürlich, daß bei solchen Gelegenheiten in einer kräftigen Sprache geredet wird. Sonst würde der Red verfehle. Und die Bauernsprache ist von jeher urwüchsig derb; sie hat nichts gemein mit dem Diplomaten- oder Kanakisch. Alles wird gerade heraus gesagt, wie es gemein ist. Wohl möglich deshalb daß manche Bemerkungen in diesen Reden von Anglikanern Gemütern als Drohungen aufgefaßt werden konnten. Aber die Erklärungen des Präsidenten des Reichslandbundes dürften sie inzwischen beruhigt haben, daß seine Bauernrevolution geplant ist. Der Landbund hat seine Anhänger fest in der Hand, und nicht das, was der einzelne in der Erregung sagt, ist maßgebend, sondern der Wille der Führung. In diesem Sinne sind auch die viel-

Streitabsichten bei den Eisenbahnern.

Die Schlichtungsverhandlungen verlag.

Berlin, 20. März. Die Schlichtungsverhandlungen wegen der Lohnlücke mit den Reichsbahnangestellten sind heute abend um morgen mittags 11 Uhr vertagt worden.

Berlin, 20. März. Im Zusammenhang mit den heute Mittag geführten Schlichtungsverhandlungen im Lohnkonflikt mit den Reichsbahnarbeitern wird ein Rundschreiben des Sozialistischen Einheitsverbandes der Eisenbahner bekannt, in dem es wörtlich heißt:

„Die Stellungnahme der Verwaltung (sammelt ist die Eisenbahnverwaltung) wird nach einem Sturm der Entrüstung im ganzen Lande ausbleiben, und wir lehnen es ab, die entsprechende Erbitterung und Streik-Kimmung in irgendeiner Art einzudämmen. . . . Am 1. April muß die gesamte Mitarbeiterschaft zur Aktion bereit sein. Welche Feile in dem wahrscheinlich nicht zu vermeidenden Kampf eingesetzt werden, hat der Privat zu entscheiden. Der voranschreitende Kampf Ende März dieses Jahres einberufen wird.“ — Aus diesen Ausführungen erlaßt sich, daß die sozialistischen Eisenbahnerbewerkschaften trotz des Schlichtungsverweises auf einen Streik hinarbeiten.

Verchiebung der Beamtenumgruppierungen.

Berlin, 20. März. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, sollen sich die Parteiführer bei der heute abend stattgefundenen Besprechung mit dem Finanzminister dahingehend geeinigt haben, daß die Durchführung der in den Reichstagsentscheidungen vorgesehenen Beamtenumgruppierungen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden soll. Es sollen

leht nur diejenigen Umstellungen zur Ausführung kommen, die im Gesetz über die Beförderungsreform ausdrücklich vorgezeichnet sind. Der Aussetzung der in den Reichstagsentscheidungen vorgesehenen Umgruppierungen soll, wie versichert, deshalb von den Parteiführern zugestimmt worden sein, weil es sich dabei im ganzen um 12 000 bis 15 000 Reichsbahne handelt. Allein bei der Post sollen dabei etwa 7500 Beamte in Frage kommen. Auch die Reichsbahn würde davon betroffen werden. Zur Durchführung dieser arsten Umstellungen wäre eine neue umfangreiche Gesetzesvorlage nötig, die aber insoweit der vielen damit zusammenhängenden Fragen vorläufig nicht verabschiedet werden könne.

Kabinettsrat über die Umänderung der Rentenbank-Kreditanstalt.

(Nachricht aus unserer Berliner Schriftleitung.)
 Berlin, 20. März. Das Reichskabinett hielt heute abend eine Sitzung ab, in der es sich, wie es in der von der zuständigen Stelle darüber gemachten Mitteilung heißt, neben kleineren Spezialfragen auch mit der Umänderung der Rentenbank-Kreditanstalt befaßte. Diese Umänderung befaßt, bekanntlich darin, daß die Rentenbank-Kreditanstalt die Möglichkeit erhalten soll, mit den bestehenden genossenschaftlichen Organisationen in unmittelbare Geschäftsverbindungen zu treten und neue genossenschaftliche Organisationen zum Zweck der Abklarung zu errichten. Das Kabinett scheint jedoch noch zu keinem endgültigen Beschluß über das Gesetz zu dieser Umänderung gekommen zu sein. — Man kann aber nur wünschen, daß sich die Regierung auch durch den Widerstand der Linksreihe von ihrem durchaus begrüßenswerten Vorhaben nicht abbringen läßt.